

KV-Vorsitzender prangert „unzumutbare Zustände“ an

Hansen: Politik ist für die Honorarkrise verantwortlich – Vertreterversammlung der KV Nordrhein stellt sich einstimmig hinter die Essener Resolution und lehnt das neue Arzneispargesetz ab

von Frank Naundorf

Im Vorfeld der Vertreterversammlung (VV) am 4. März in Düsseldorf demonstrierten rund 50 Ärztinnen und Ärzte. Die „Aktionsgemeinschaft Düsseldorfer Ärztinnen und Ärzte“ forderte per Flugblatt „ein klares Votum gegen die immer unerträglicheren Zumutungen der Politik und der Krankenkassen“. Und das bekamen sie auch.

Aufruf zum Protest

Der Vorsitzende der KV Nordrhein (KVNo), Dr. Leonhard Hansen, prangerte die unzumutbaren Zustände in der ambulanten Versorgung an: „Seit 1977 sorgen 50 Gesetze mit mehr als 7.000 Einzelbestimmungen dafür, dass in den Praxen die Bürokratie explodiert.“

Hansen rief zur Teilnahme am Protesttag in Berlin auf. Dort saßen die Verantwortlichen für Bürokratie, Rationierung und die Unterfinanzierung der ambulanten Medizin. Auch die Honorarkrise gehe auf das Konto der Politik. Es gebe keine angemessene Vergütung in Euro und Cent, weil der Gesetzgeber seit mehr als zehn Jahren die Ausgaben für die ärztliche Versorgung eingefroren habe, erklärte Hansen. Als dreist bezeichnete der Vorsitzende der KVNo den Hinweis des Bundesgesundheitsministeriums, dass die KVen das Geld nur besser verteilen müssten. „Ich frage mich, wie noch von angemessener Honorarverteilung geredet werden kann, wenn schon jetzt 30 Prozent der Leistungen nicht vergütet werden“.

Vereinbarung sticht AVWG

Hansen verteidigte die nordrheinische Arzneimittelvereinbarung. Denn dank dieser käme die im Arzneimittelspargesetz (AVWG) enthaltene Bonus-Malus-Regelung auf der Grundlage von Tagestherapiekosten im Rheinland nicht zum Tragen.

Dr. Rolf Ziskoven würdigte diesen Aspekt der nordrheinischen Vereinbarung. Er kritisierte aber die Me-too-Liste: Nach der Überarbeitung sei unklar, welche Liste nun gelten würde. „Mit dieser Unsicherheit kann ich als betroffener Kollege nicht leben.“

Die Liste stelle eine Orientierung dar, entgegnete Hansen. „Kollegen, die sich daran halten, werden mit der Me-too-Quote kein Problem haben.“ Der KVNo-Vorsitzende wies darauf hin, dass es sich nicht um eine Negativliste handele. Es könnten weiterhin Präparate, die dort genannt würden, verordnet werden – aber eben nur in begrenztem Umfang.

Kassen: Gegner oder Partner?

Ziskoven forderte vom Vorstand zudem einen Politikwechsel: Die Kassen seien keine Partner, sondern Gegner. Dieser Auffassung trat Hansen entgegen. Wo man wie in Sachsen und Niedersachsen zum Schiedsamt gehen musste, lägen die Arzneimittelbudgets 2006 nur geringfügig über den Budgets des Vorjahres. Nordrhein stehe dagegen mit einem Plus von 510 Millio-

nen Euro im Vergleich zum Vorjahr wesentlich besser dar. „Und das ist der Erfolg, der zählt“, erklärte Hansen.

Auf Antrag von Dr. Ludger Wollring unterstützte die VV der KVNo die Essener Resolution (siehe auch Seite 11) einstimmig. Die Resolution umfasst zehn Punkte; sie wurde auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Kreisstelle Essen der Ärztekammer Nordrhein beschlossen. Auch die vom Essener Augenarzt vorgelegte Kritik am AVWG sowie die geforderte Unterstützung des Protesttages am 24. März in Berlin fand die einstimmige Zustimmung der nordrheinischen Delegierten.

Wegschauen hilft nicht.

Sexuelle, körperliche und seelische Gewalt gegen Kinder gibt es auch in Düsseldorf.

Die Kinderschutzambulanz am Evangelischen Krankenhaus Düsseldorf hilft mit Diagnostik, Betreuung und Therapie, damit kleine Kinderseelen wieder lachen lernen. Ihre Spende hilft direkt den Kindern.



Die Kinderschutzambulanz

Wir helfen misshandelten Kindern.

Spendenkonto-Nr. 43 000 900
Stadtparkasse Düsseldorf
BLZ 300 501 10
Kennwort: Kinderschutzambulanz
www.kinderschutzambulanz.de